

28. Februar 1968: Gespräch des Ersten Sekretärs der sowjetischen Botschaft in der BRD, A. D. Zacharov, mit dem Vorsitzenden des SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, H. Schmidt*

Geheim. Expl. Nr. 1

Das Gespräch fand am 28. Februar in Schmidts Arbeitszimmer im Bundeshaus statt. Den dienstlichen Teil des Gespräches begann Schmidt mit der Frage, wie die politische Stimmung in Moskau sei. Ich sagte Schmidt, dass er auf diese Frage wohl im Laufe unseres Gesprächs die Antwort erhalten werde und fragte ihn auch welche Möglichkeiten die SPD habe, einen sozialdemokratischen Kurs in der Außenpolitik auch dann zu verfolgen, wenn die SPD Druck von Seiten der CDU und besonders der CSU erfährt.

Schmidt sagte, dass die Möglichkeiten der SPD zur Verfolgung eines politischen Kurses der BRD, der auf die Entspannung in Europa ausgerichtet sei, durch den Widerstand der CDU begrenzt seien. Allerdings würden diese Möglichkeiten in nicht geringerem Ausmaß von den außenpolitischen Schritten der Sowjetregierung an die Adresse der BRD begrenzt. Die Sowjetunion habe sich, nach Einschätzung Schmidts, offenbar das Ziel gesetzt, die BRD vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu diskriminieren und den Eindruck zu erwecken, die BRD sei ein Land, mit dem man keine sachlichen Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen führen könne. Schmidt zufolge erschwere eine solche Politik der Sowjetunion die Verwirklichung der von den Sozialdemokraten bei der Regierungsbildung festgelegten Politik, mit der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern ein Einvernehmen zu erreichen, und erwecke andererseits den Eindruck, dass die Sowjetunion nicht an einer Entspannung in Europa interessiert sei, insbesondere an der Unterzeichnung eines Vertrags über den Gewaltverzicht, was die Autorität der Sowjetunion mindere. Die Sozialdemokraten, setzte Schmidt fort, nähmen die Position ein, diesen Vertrag unter Einschluss der DDR abzuschließen, unter der Bedingung, dass dafür eine annehmbare Form gefunden werde, und sie [die Sozialdemokraten] unternähmen ernsthafte Anstrengungen, um eine maximale Anzahl von Befürwortern im Parlament und in der Regierung auf ihre Seite zu bringen. Allerdings falle es bei den ständigen Angriffen auf die BRD (Schmidt verwies auf die Pressekonferenz von Zamjatin als eines der letzten Beispiele) den Sozialdemokraten sehr schwer, die Richtigkeit ihres Standpunktes zu beweisen. Die Argumente der SPD für den Vertrag seien für jenen Teil der CDU, auf dessen Unterstützung die SPD hoffe, wenig überzeugend.

Ich fragte Schmidt, ob er persönlich davon überzeugt sei, dass die Sowjetunion diese Verhandlungen ernst nehme und bestrebt sei, einen Vertrag zu unterschreiben.

Schmidt erklärte, dass er bekanntlich der Schöpfer der Idee eines Abkommen zwischen der BRD und der Sowjetunion über einen Gewaltverzicht sei. Seinerzeit habe er sich dafür eingesetzt, die Idee in der SPD populär zu machen. Die Sachlichkeit und Konkretheit in den Verhandlungen zwischen Brandt und Botschafter Carapkin hätten in letzter Zeit Hoffnung auf einen positiven Ausgang erweckt, allerdings würde jetzt, gerade in dem Moment, als sich in den Verhandlungen Resultate abzeichneten, in der sowjetischen Presse erneut eine Kampagne gegen die BRD gestartet. Dies bringe ihn auf den Gedanken, dass die Sowjetunion offenbar bestrebt sei, die ganze Angelegenheit zu einem propagandistischen Akt zu machen. Diese Zweifel wären bei ihm bereits über die Grenzen seiner persönlichen Überlegungen hinaus gegangen und er habe sie [daher] bei der letzten Präsidiumssitzung der SPD mitgeteilt.

Mit der Beschuldigungs- und Angriffstaktik gegen die BRD, fuhr Schmidt fort, verfolge die Sowjetunion zwei Ziele: erstens, wie er bereits anmerkte, in der Welt die Meinung über die Bundes-

* RGANI, F. 5, op. 60, d. 475, S. 6–10. – Die Botschaft der UdSSR in der BRD vom 22. März 1968, Nr. 46. Aus dem Diensttagebuch von A. D. Zacharov. Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 08079, 28. März 1968, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU.“ Hs. vermerkt: „Information auf der Rückseite.“ Hs. Verfügung: „[Ins] Arch[iv], [Unterschrift unleserlich], 20. Mai 1968, 25-s/7.“ – Verteiler: „4 Ex.: 1 - Abteilung des ZK der KPdSU, 2 - 3. E[uropäische] A[bteilung] des MfAA der UdSSR, 3 - V[erwaltung] A[ußenpolitische] I[nformation] des MfAA der UdSSR, 4 - zum Akt Nr. 104, 18. März 1968.“

republik als revanchistisches Land, mit dem man keinerlei sachliche Verhandlung über die Festigung der Sicherheit in Europa führen könne, zu erwecken; zweitens „Ulbricht den Rücken zu decken“, und ihm die Möglichkeit zu geben, unter den Bedingungen der Spannungen in Europa und unter dem Deckmantel der Propaganda über die revanchistische Politik der Bundesregierung die von ihm angedachten Maßnahmen innerhalb der DDR durchzuführen.

Ich widersprach Schmidt und gab zu bedenken, dass die Sowjetunion nicht die Tatsache der Wiedergeburt neonazistischer Kräfte in der BRD übergehen könne. Ich verwies darauf, dass in Auftritten von Spitzenfunktionären der SPD, insbesondere Wehners, sowie in einem Dokument der zentralen Leitung [Vorstands] für den Parteitag „Perspektiven für die 70er Jahre“¹ auch das Anwachsen neonazistischer Kräfte in der BRD erwähnt wird, das unter den Bedingungen der Regierung der CDU möglich geworden ist. Daher sollten diese Erklärungen der Sowjetunion, unserer Meinung nach, helfen, die Position der Sozialdemokraten zu stärken, und nicht sie zu schwächen.

Natürlich, sagte Schmidt, gebe es in der BRD Elemente von Neonazismus, allerdings würden sie derzeit nicht die größte Gefahr darstellen. Gefährlicher seien, seiner Meinung nach, derzeit die Auftritte von Jugendlichen und Studenten maoistischer Ausrichtung, die in der Bevölkerung den Eindruck einer „linken“ Gefahr für die BRD erweckten, wodurch die Bevölkerung nach rechts rücke und Schutz vor den radikalen linken Kräften nicht im Umfeld der SPD, sondern bei den Vertretern rechter politischer Parteien suche.

Ich sagte Schmidt, dass die Botschaft noch nicht ausreichend über die Position der SPD in einer Reihe von Fragen informiert wäre, wodurch Unverständnis entstünde, das man vermeiden könnte, wenn wir über diese Information verfügten.

Nachdem er einige praktische Ratschläge zur Verbesserung der Möglichkeiten, sich gegenseitig zu informieren, geäußert hatte, erklärte Schmidt, dass die SPD in letzter Zeit ihre Kontakte mit sozialistischen Ländern und kommunistischen Parteien ausbaue, insbesondere hätten die Sozialdemokraten nützliche Kontakte mit der italienischen Kommunistischen Partei. Die Italiener würden, seiner Meinung nach, einigen Ideen der Sozialdemokraten mit immer mehr Verständnis begegnen. Er persönlich habe keine schlechten Kontakte mit Rumänen, Tschechen und Ungarn. In einer Reihe von Parteien, vor allem in der KPČ, so Schmidt, gäbe es zwei Tendenzen: eine von ihnen basiere auf alten konservativen Ansichten, die andere dächte auf eine neue Art und mit ihr könne man sich verständigen. In nächster Zeit, fuhr Schmidt fort, fahre sein Stellvertreter in der Fraktion nach Peking und Nordvietnam.

Ich fragte, ob es eine Vorabsprache der SPD mit Peking über den Empfang ihres Vertreters gebe. Schmidt bestätigte, dass eine solche Abmachung erreicht wurde. Er führte diese Frage nicht weiter aus und fragte nach der Haltung der Sowjetunion zu Kontakten mit der SPD.

Ich antwortete, dass wir es stets begrüßt haben und weiterhin begrüßen werden, die Kontakte mit Sozialdemokraten auszubauen. Gleichzeitig wies ich darauf hin, dass die sowjetische Botschaft derzeit relativ umfangreiche Kontakte mit führenden Persönlichkeiten der SPD habe, und dass die Sozialdemokraten die Möglichkeit hätten, vertrauensvoll ihre Positionen darzulegen und mit den Vertretern der sowjetischen Botschaft entsprechende vorbereitende Verhandlungen zu führen, sofern sie beabsichtigen, Verhandlungen mit Vertretern der Sowjetunion auf höherer Ebene zu führen, sowohl auf staatlicher wie auch auf Parteiebene.

Schmidt sagte, dass es für die Sozialdemokraten jetzt schwierig wäre, Verhandlungen mit der KPdSU zu führen, und dass man dies in der Öffentlichkeit möglicherweise falsch verstehen könnte, falls solche Verhandlungen in offener Form durchgeführt würden. Als er sich 1966 in Moskau aufgehalten habe, fuhr Schmidt fort, habe er eindeutig seine Bereitschaft erklärt, sich in Zukunft mit Vertretern der Sowjet-Regierung oder gesellschaftlicher Organisationen zum Meinungs-austausch über aktuelle Fragen zu treffen. Schmidt sagte, dass er diese Absicht bekräftige und erkläre, dass er eine Einladung von sowjetischer Seite annehmen würde, selbst wenn diese von Parteiinstanzen ausginge. Obwohl es für ihn bedeutend angenehmer wäre, wenn diese Einladung aus parlamentarischen Kreisen der Sowjetunion oder von Personen des öffentlichen Lebens ausginge. [„]Wir sind bereit,[“]

¹ Vorstand der SPD (Hrsg.): Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren. SPD-Parteitag 1968, Bad Godesberg 1968.

sagte Schmidt, [„]wenn von sowjetischer Seite eine Einladung erfolgt, eine parlamentarische Delegation in die Sowjetunion zu schicken.[“] Er unterstrich die Nützlichkeit eines derartigen Austausches für die Entspannung und charakterisierte ihn als konkreten Beitrag zum gegenseitigen Verständnis zwischen unseren Ländern.

Schmidt erwähnte, dass er über den Inhalt des Gesprächs des Botschafters mit Ehmke und anderen Sozialdemokraten informiert sei, und sagte, dass es auf die in diesem Gespräch behandelte Frage, welche Hilfe die Sowjetunion der SPD leisten könne, damit die Sozialdemokraten eine realistische Politik durchführen könnten, nur eine Antwort geben könne und zwar: das Einstellen der derzeit gegen die BRD betriebenen Propaganda seitens der Sowjetunion.

„Revanchismus“ klinge für die Deutschen im semantischen Verständnis wie Rache, fuhr Schmidt fort, was es unter den Deutschen natürlich nicht gebe. Wenn dieses Wort auch nur durch ein anderes ersetzt würde, beispielsweise durch „Revision“, würde das von den Deutschen auf andere Weise wahrgenommen werden und würde damit eine Rolle bei der Festigung des gegenseitigen Verständnisses spielen.

Zum Atomwaffensperrvertrag teilte Schmidt mit, dass die BRD keine Eile habe, sich dem Vertrag anzuschließen, selbst wenn in nächster Zeit eine vollständige Einigung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten erzielt und der Vertrag unterschrieben werde. [„]Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten[“], sagte Schmidt, [„]haben mehr als drei Jahre lang Verhandlungen über den Vertragsabschluss geführt. Gebt uns die Möglichkeit, diesen Vertrag aufmerksam zu studieren und danach eine Entscheidung zu fällen.[“] Schmidt sagte, dass dafür möglicherweise nicht weniger Zeit nötig sei, als die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten benötigt hätten, um zu einer Übereinstimmung bei diesem Problem zu kommen. Die Position der BRD werde in bedeutendem Maße von den Positionen anderer Länder abhängen, insbesondere von den Positionen Indiens, Japans und Schwedens. Sollten sich diese Länder dem Vertrag nicht anschließen, hätte die BRD allen Grund deren Beispiel zu folgen. Die BRD, erklärte Schmidt, werde sich dem Atomwaffensperrvertrag nicht anschließen, wenn diese Länder ihn nicht unterschreiben. Die Mitgliedsstaaten des „Gemeinsamen Marktes“ hätten eine Kommission zur Analyse des Vertrags gebildet, die entsprechende Empfehlungen für die Regierungen auszuarbeiten habe.

Schmidt sprach von großen Schwierigkeiten innerhalb der Regierung, eine einheitliche Linie in Bezug auf den Vertrag auszuarbeiten. Er erklärte, dass ihm derzeit nicht klar wäre, wie man die Position der SPD, die ja prinzipiell mit dem Vertrag einverstanden sei, mit der Meinung von Strauß auf einen Nenner bringen könne, der mit dem Austritt aus der Koalition drohe, falls ihn die Regierung unterschreibe.

Über die Situation innerhalb der Partei sprach Schmidt überaus ungern, er verneinte, dass die vielen Anfragen der Basisorganisationen an den Parteitag ein Anzeichen für die Unzufriedenheit einfacher Parteimitglieder mit der Politik des SPD-Vorstands seien.

Der Erste Botschaftssekretär der UdSSR in der BRD

A. Zacharov²

² Hs. unterzeichnet.